

Ziel: 6000 Wohnungen pro Jahr

BAUEN Stadt, Unternehmen und Politik vereinbaren „Wohnbündnis“ – SPD: „OB muss liefern“

VON HELMUT FRANGENBERG

Vertreter der Wohnungswirtschaft haben mit der Stadt eine Vereinbarung über ein sogenanntes „Wohnbündnis“ abgeschlossen. Darin verpflichten sich die Beteiligten auf das Ziel, jährlich 6000 neue Wohnungen vor allem im bezahlbaren Geschosswohnungsbau zu errichten. Nach Angaben des Bundesverbands Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmer sei allen Beteiligten jedoch klar, dass dieses Ziel nicht sofort zu erreichen ist. Das habe auch Oberbürgermeisterin Henriette Reker bei dem Treffen deutlich gemacht.

Das Presseamt der Stadt sprach anschließend trotzdem von einem „wohnungspolitischen Meilenstein“. Reker ließ sich nicht ganz so euphorisch zitieren: „Alle Unterzeichner müssen sich sehr anstrengen, um die Bautätigkeit in Köln deutlich zu erhöhen.“ Die Ziele seien ambitioniert. „Aber ich bin zuversichtlich, dass das Köl-

ner Wohnbündnis zu einer Aufbruchstimmung führen wird.“

Die Runde, zu der auch die stadtentwicklungspolitischen Sprecher der großen Ratsfraktionen, die GAG sowie mehrere Amtsleiter der Stadt gehören, trifft sich bereits seit über zwei Jahren im „Wohnungsbauforum“, um Maß-

nahmen zu diskutieren, mit denen die schleppende Bautätigkeit in Köln angekurbelt werden kann. Bislang ist dabei wenig Konkretes herausgekommen. Die Zahlen der Bauanträge und -genehmigungen befinden sich weiterhin auf einem niedrigen Niveau. Die Stadt ist weit von ihren selbst gesteckten

Zielen entfernt. Der Vorsitzende des Stadtentwicklungsausschusses, Niklas Kienitz (CDU), begrüßte die neue Initiative, machte aber auch deutlich, woran es fehlt: Mehr Tempo gebe es nur, wenn Genehmigungs- und Planungsverfahren vereinfacht und verkürzt würden. „Ohne eine deutliche Verbesserung der Verfahrensabläufe bringen uns die Zielvorstellungen nicht weiter.“ Nur wenn die Stadt die eigenen Strukturen unter die Lupe nehme und verbessere, gehe es voran.

Die SPD übte mit deutlichen Worten Kritik: „Der gute Wille der Wohnungswirtschaft allein nützt nichts, wenn die Stadtspitze nicht liefert“, sagte der stadtentwicklungspolitische Sprecher der Fraktion, Michael Frenzel. Das Wohnbündnis wirke „wie das Feigenblatt einer Stadtspitze, die das Drama der Wohnungsnot immer noch nicht verstanden hat“. Die Oberbürgermeisterin müsse endlich „liefern“.



Geschosswohnungsbau in Bickendorf

Archivfoto: stef